

A n t w o r t

des Ministeriums des Innern und für Sport

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Matthias Lammert (CDU)
– Drucksache 17/1724 –

Nachfrage zu Drucksache 17/1013 „Zustände am Koblenzer Bahnhofsvorplatz“

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/1724** – vom 29. November 2016 hat folgenden Wortlaut:

Die Kleine Anfrage Drucksache 17/1013 bzgl. den Zuständen am Koblenzer Bahnhofsvorplatz wurde zum dritten Mal nicht ganz umfänglich beantwortet.

So wird fälschlicherweise davon ausgegangen, dass die gastronomischen Betriebe nicht darauf ausgerichtet sind, dass die Gäste dort länger verweilen. Zum Beispiel wirbt McDonald's bei seinen Gästen mit der kostenlosen WLAN-Nutzung von bis zu drei Stunden. Auch bietet der Imbissbetrieb u. a. eine kostenpflichtige Internetnutzung mit Sitzgelegenheiten an. Des Weiteren ist es nicht zutreffend, dass es sich beim dem Imbissbetrieb um einen erlaubnisfreien gastronomischen Betrieb im Sinne des § 2 Abs. 2 Gaststättengesetz handelt, denn dort erfolgt die Abgabe/Verkauf von alkoholischen Getränken, was mit einem erlaubnisfreien gastronomischen Betrieb im Sinne des § 2 Abs. 2 Gaststättengesetz nicht vereinbar ist.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Ab wann spricht man bei erlaubnisfreien gastronomischen Betrieben von einer längeren Verweildauer und wann von einer kurzfristigen Verweildauer der Gäste (bitte Angaben in Minuten)?
2. Vor dem Hintergrund, dass bei dem Imbissbetrieb die Abgabe/Verkauf von alkoholischen Getränken erfolgt, liegen immer noch die Voraussetzungen eines erlaubnisfreien gastronomischen Betriebes im Sinne des § 2 Abs. 2 Gaststättengesetz vor? Wenn ja, warum?
3. In welchem Gesetz bzw. Verordnung liegt die Ermächtigungsgrundlage, dass die Cafe-Bar eine Vereinbarung über die entsprechende kostenlose Nutzung der Toilettenanlage mit deren Betreiber schließen darf?
4. Wäre es verhältnismäßig, wenn man gegen Straftäter, insbesondere gegen Drogenabhängige und Drogenhändler, Aufenthaltsverbote auf Grundlage des § 13 Abs. 3 Polizei- und Ordnungsbehördengesetz für den Koblenzer Bahnhofsvorplatz aussprechen würde, ohne dass ihnen der Zugang zum öffentlichen Nahverkehr oder zur örtlichen Substitutionspraxis verwehrt bleibt? Wenn ja, warum werden keine Aufenthaltsverbote ausgesprochen?
5. Ist die Genehmigung zur Durchführung und Abrechnung der Substitution befristet? Wenn ja, auf wie lange? Wenn nein, warum nicht?
6. Handelt es sich bei der Genehmigung zur Durchführung und Abrechnung der Substitution um einen Verwaltungsakt i. S. d. § 35 Verwaltungsverfahrensgesetz? Wenn nein, warum nicht?
7. Warum steht den Anwohnern kein Widerspruchsrecht gegen die Genehmigung zur Durchführung und Abrechnung der Substitution zu? Handelt sich es hierbei nicht rechtlich um einen Verwaltungsakt mit Drittwirkung wie bei Baugenehmigungen? Wenn nein, warum nicht?

Das **Ministerium des Innern und für Sport** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 20. Dezember 2016 wie folgt beantwortet:

Zur Frage 1:

Bei der kurzen bzw. längeren Verweildauer handelt es sich um unbestimmte Rechtsbegriffe, die bei erlaubnisfreien Gaststätten im Zusammenhang mit etwaigen Anordnungen (§ 5 Abs. 2 Gaststättenverordnung) einzelfallbezogen von der für das Gaststättenrecht zuständigen Behörde zu prüfen und zu gewichten sind. Auf die Beantwortung der Frage 2 der Kleinen Anfrage 17/588 (Drucksache 17/727) wird hingewiesen.

Zur Frage 2:

Ja, der Imbissbetrieb ist erlaubnisfrei, weil kein Alkoholausschank, sondern ein Warenverkauf von Getränken in verschlossenen Behältnissen stattfindet.

b. w.

Zur Frage 3:

Die Rechtsgrundlage ist § 9 Nr. 2 Gaststättenverordnung. Auf die Beantwortung der Frage 2 der Kleinen Anfrage 17/588 (Drucksache 17/727) wird hingewiesen.

Zur Frage 4:

Die Verhängung eines Aufenthaltsverbotes gemäß § 13 Abs. 3 Satz 1 Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (POG) ist gemäß § 13 Abs. 3 Satz 2 POG zeitlich und örtlich zu beschränken und darf räumlich den Zugang zur Wohnung des Betroffenen nicht umfassen. Hierbei ist sicherzustellen, dass dem Betroffenen die Möglichkeit zur Wahrnehmung unabweisbarer Sozialkontakte (Zugang zu Ärzten, Sozialberatern und Behörden) eingeräumt wird. Bei der Verhängung von Aufenthaltsverboten im Bereich des Vorplatzes des Hauptbahnhofes in Koblenz ist die Möglichkeit eines Zugangs zur dort angesiedelten Substitutionspraxis und dem Personennahverkehr zu beachten.

Die Verhängung von Aufenthaltsverboten obliegt der zuständigen Polizeiinspektion (PI) Koblenz 1. Diese prüft einzelfallbezogen die Durchführung erforderlicher Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren unter Beachtung der Verhältnismäßigkeit. Die bisherige Prüfung der PI Koblenz 1 ergab, dass Platzverweise und sonstige Präventionsmaßnahmen zu priorisieren sind, da diese mildere, in gleicher Weise geeignete und somit vorrangige Maßnahmen darstellen.

Auf die Beantwortung der Frage 4 der Kleinen Anfrage 17/588 (Drucksache 17/727) wird hingewiesen.

Zur Frage 5:

Nach Auskunft der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz werden die Genehmigungen in der Regel unbefristet erteilt, da diese an den vertragsärztlichen Status gebunden seien und Leistungen der Substitution zum Inhalt der Krankenbehandlung nach § 27 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) zählten. Eine Befristung werde nur vorgenommen, wenn dies im besonderen Einzelfall geboten und rechtlich zulässig sei, siehe § 32 SGB X. Die Genehmigungen der Praxis im Markenbildchenweg seien nicht befristet.

Zur Frage 6:

Nach Auskunft der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz werden Genehmigungen zur substitutionsgestützten Behandlung Opiatabhängiger von der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz aufgrund der Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses zu Untersuchungs- und Behandlungsmethoden der vertragsärztlichen Versorgung (Richtlinie Methoden vertragsärztliche Versorgung) erteilt. Bei den Genehmigungen handele es sich um einen Verwaltungsakt gemäß § 31 SGB X.

Zur Frage 7:

Nach Auskunft der Kassenärztlichen Vereinigung Rheinland-Pfalz entfalten Genehmigungen zur Durchführung und Abrechnung der substitutionsgestützten Behandlung Opiatabhängiger keine Drittwirkung, die mit der einer Baugenehmigung vergleichbar sei, da die zugrunde liegenden normativen Regelungen (unter anderem § 27 SGB V, § 92 SGB V sowie die Richtlinie Methoden vertragsärztliche Versorgung) keinen drittschützenden Charakter hätten.

Im Übrigen stelle die flächendeckende ärztliche Versorgung aller gesetzlich krankenversicherten Patienten einen überragenden Belang des Allgemeinwohls dar.

In Vertretung:
Günter Kern
Staatssekretär